

ÜBERSICHTEN

Außenpolitik

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

* (1)

Die zehn außenpolitischen Hauptereignisse des Jahres 1987

Die zehn wichtigsten außenpolitischen Ereignisse d.J. 1987 waren aus chinesischer Sicht: (1) einzigartige Fortschritte in der Supraleiterforschung, an der u.a. auch Chinesen beteiligt waren, (2) die Rust-Affäre vom 28. Mai Landung auf dem Roten Platz in Moskau, (3) die Reformen in der Sowjetunion (auf einer Plenartagung am 26.6. nahm das ZK der KPdSU eine Resolution über die "grundlegende Neuordnung der Wirtschaftsverwaltung" an), (4) die Geburt des 5milliardensten Erdbewohners am 11. Juli, (5) der Beginn des US-Geleitschutzes im Persischen Golf am 22. Juli, (6) der Abschluß des zentralamerikanischen Friedensabkommens vom 7. August, (7) der Bonn-Besuch Honeckers vom 7.-11. September, (8) der New Yorker Aktiensturz am 19. Oktober, (9) der XIII. Parteitag der KPCh vom 25.10.-1.11. und (10) das Abkommen über Mittelstreckenraketen zwischen den USA und der Sowjetunion vom 8. Dezember. Dieses von Reagan und Gorbatschow in Washington unterzeichnete INF-Abkommen sei das erste echte Abrüstungsabkommen in der Geschichte der beiden Großmächte (XNA, 10.12.87).

Die beiden historischen Trends, die sich am Jahresende abzeichneten, seien "Frieden und Entwicklung" (XNA, 30.12.87). -we-

* (2)

Erneut distanziert sich China von den Vorwürfen "rassischer Diskriminierung" gegenüber afrikanischen Studenten

Am 11. Dezember erschien in der Hongkonger *South China Morning Post* ein Bericht, in dem China erneut der rassistischen Diskriminierung gegenüber afrikanischen Studenten angeklagt wurde. Nachdem es, wie in C.a. laufend berichtet, in China immer wieder Zwischenfälle

mit afrikanischen Studenten gegeben hatte, pflegten die volksrepublikanischen Behörden immer empfindlicher auf solche Vorwürfe zu reagieren - so auch diesmal ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums, der bereits am 12. Dezember Anschuldigungen dieser Art zurückwies. Sei es etwa nicht bekannt, daß sowohl die chinesische Regierung als auch das chinesische Volk stets Freundschaft gegenüber den afrikanischen Völkern gezeigt und ihren Kampf gegen Apartheid und rassistische Diskriminierung unterstützt hätten!? (XNA in SWB, 12.12.87) -we-

* (3)

China begrüßt den INF-Vertrag

Am 8. Dezember 1987 wurde beim Washingtoner Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow ein Abkommen geschlossen, demzufolge beide Seiten jeweils mehrere Hundert atomare Mittel- und Kurzstreckenraketen (intermediate range nuclear weapons) verschrotten wollen. Die chinesische Seite, u.a. kein Geringerer als Staatspräsident Li Xiannian, begrüßte diesen Vertrag als einen ersten nützlichen Schritt (RMRB, 9.12.87). Der Vertrag, der nach sechs Jahren harter Verhandlungen erreicht wurde, eliminiere immerhin rd. 850 Nukleargeschosse der US-Seite und 1.900 Geschosse der Sowjetseite mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.000 km. Es handle sich hier um einen ersten wirklich ernsthaften Schritt zur Abrüstung, der zugleich auch das Ergebnis des Kampfes der Völker der Welt um Abrüstung sei. Freilich dürfe man nicht überoptimistisch sein; denn erstens einmal müsse noch auf die Umsetzung der Beschlüsse gewartet werden und zweitens dürfe die gewaltige Zahl der beiden Supermächten bereitgestellten Raketen nicht vergessen werden. Es handle sich hierbei um 48.000 Raketengeschosse, von denen die USA über 26.000 Sprengköpfe mit einer Sprengkraft von 4.741 Mio. TNT besäßen, während die UdSSR über 22.000 Sprengköpfe mit 7.225 Mio. TNT verfüge. Der INF-Vertrag betreffe nur 3-4% dieser Sprengköpfe (XNA, 8.12.87). Li Xiannian betonte, daß sich die Abrüstungsgespräche i.J. 1987 vorteilhaft entwickelt hätten. Doch dürfe nicht vergessen werden, daß neben den strategischen Nuklearwaffen auch biologische und chemische Kampfmittel sowie riesige Bestände konventioneller Waffen existierten,

die langfristig ebenfalls alle in Abrüstungsgespräche miteinbezogen werden müßten. Es sei also erst ein winziger Schritt getan (XNA, 11.12.87). Die beiden Supermächte sollten weiterhin mit gutem Beispiel bei der Abrüstung und mit ernsthaften Verhandlungen vorangehen. Was China anbelange, so wünsche es die totale Abschaffung aller ABC-Waffen durch systematische Zerstörung und drastische Reduktion der konventionellen Waffen. Außerdem widersetze es sich der Weltraumbewaffnung (XNA, 10.12.87). Auf keinen Fall dürfe die Aufrüstung im Weltraum "legalisiert" werden. Durch die bisherigen Abmachungen seien ja SDI- und ABM-Pläne in keiner Weise beeinträchtigt worden (XNA, 11.12. und 12.12.87).

In einigen Kommentaren geht die chinesische Seite auch auf westeuropäische Besorgnisse wegen des INF-Vertrags ein. Durch das Abkommen von Washington seien 429 amerikanische Raketen in Westeuropa betroffen. Nicht wenige Westeuropäer befürchteten, daß die Abschreckung dadurch geschwächt werde. Nicht zuletzt auch befürchte man langfristig die "Aufkündigung" des amerikanisch-europäischen Verteidigungssystems. Überhaupt sei Westeuropa gespalten zwischen dem Wunsch, eine Entspannung zwischen den beiden Supermächten zu erreichen, und der Angst, seine Interessen könnten als Folge davon gefährdet werden (XNA, 10.12.87). -we-

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

* (4)

Treffen zwischen Deng Xiaoping und Gorbatschow?

Am 4. Dezember machte Deng Xiaoping bei der Begegnung mit einer japanischen Delegation erneut klar, daß er auf Angebote Gorbatschows zu einem Treffen in Moskau oder an irgendeinem anderen Ort nur bereit sei, wenn Moskau die SRV veranlasse, ihre Truppen aus Kambodscha zurückzuziehen; leider wolle Gorbatschow auf diese Vorbedingung nicht eingehen (XNA, 5.12.87).

Es ist interessant, daß diesmal nicht von "drei Bedingungen" (Rücknahme der sowjetischen Truppen von der nordchinesischen Grenze, Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und Be-

endigung des Indochina-Engagements), sondern nur noch von einer einzigen Bedingung die Rede ist. Deng Xiaoping fügte hinzu, daß Vietnam auch nicht einen Tag lang sein Kambodscha-Engagement durchhalten könnte, wenn die UdSSR nicht Unterstützung leistete. -we-

*(5)

Lehrformeln beim Besuch einer DKP-Delegation in China

Anfang Dezember besuchte eine westdeutsche DKP-Delegation unter Leitung ihres Vorsitzenden Herbert Mies die VR China und traf dort auch mit dem neuen Generalsekretär, Zhao Ziyang, zusammen, der seine Gäste darüber belehrte, daß im Verhältnis zwischen Kommunistischen Parteien dreierlei zu beachten sei, nämlich erstens ein gemeinsamer Ausblick, zweitens eine Suche nach Gemeinsamkeiten bei gleichzeitiger Zurückstellung der Unterschiede (qiu tong cun yi) und, drittens, gegenseitiges Verständnis. In der Vergangenheit habe es an einem solchen Verständnis leider manchmal gefehlt. Inzwischen jedoch habe jedermann Lehren aus der Vergangenheit ziehen können. KPCh und DKP verträten viele gleichartige Standpunkte. In allen Fragen übereinzustimmen sei schlechthin unmöglich. Am wichtigsten aber sei es, daß man einen gemeinsamen Ausblick besitze usw. usw. (XNA, 8.12.87, nach SWB, 12.12.87)

Hatte die KPCh noch Anfang der sechziger Jahre verlangt, daß zwischen den KPs "proletarischer Internationalismus", d.h. "Brüderlichkeit" im Geiste sozialistischer Gemeinsamkeiten bestehen müsse, und hatte sie später den Akzent zum gemeinsamen Antihegemonismus hin verschoben, so forderte sie seit dem XII. Parteitag (1982) nur noch das Bekenntnis zur "Unabhängigkeit". Die neuen "Vier Prinzipien" für Parteibeziehungen lauteten: Unabhängigkeit, völlige Gleichberechtigung, gegenseitige Achtung und gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Seit 1984 schloß China auch mit nichtkommunistischen Parteien, so z.B. mit der Sozialistischen Partei Mitterrands und der SPD (Mai 1984), Parteibeziehungen ab. Hier fand m.a.W. eine zunehmende Entideologisierung statt.

Die neuen, von Zhao Ziyang angeführten Prinzipien sind noch lockerer gehalten - ja, sie besagen eigentlich nur noch, daß man sich doch bitte gegenseitig verstehen möge. Es wäre in der Tat höchst verwunderlich, wenn der für seinen reformerischen Pragmatismus bekannte Zhao Ziyang eine "linkere" Politik eingeschlagen hätte als sein Vorgänger Hu Yaobang! -we-

USA

*(6)

Das chinesisch-amerikanische Verhältnis i.J. 1987

Han Xu, der chinesische Botschafter in den USA, gab einem Hongkonger Reporter ein Interview über die chinesisch-amerikanischen Beziehungen i.J. 1987.

Im großen und ganzen seien die bilateralen Beziehungen gut. Es gebe häufige Kontakte zwischen Spitzenpolitikern: Im März 1987 beispielsweise kam Außenminister Shultz nach China und im Mai der Stellvertretende Vorsitzende des ZK-Militärausschusses, Yang Shangkun, in die USA. Hohe chinesische Repräsentanten auf USA-Reise waren ferner Rong Yiren, einer der stellvertretenden Vorsitzenden des NVK, Staatsrätin Chen Muhua u.a. US-Generalstaatsanwalt Meese habe eine ungewöhnlich große Delegation von nicht weniger als 905 Juristen nach China gebracht.

Die USA sind ferner der drittgrößte Handelspartner Chinas und der größte Investor. 1986 belief sich das chinesisch-amerikanische Handelsvolumen z.B. auf 7,3 Mrd. US\$. Ferner lagen die amerikanischen Investitionen in der Volksrepublik i.J. 1986 bei 2,7 Mrd. US\$ - ein Betrag, der 1987 vermutlich noch überstiegen werde. Auch sonst liefen die Geschäfte gut: Im Oktober 1987 nahm die Bank of China zum ersten Mal seit 1949 auf dem amerikanischen Geldmarkt 200 Mio. US\$ auf. Ferner laufe der gemeinsame Flugzeugbau befriedigend. Darüber hinaus hätten zwei amerikanische Firmen mit der "Große Mauer-Korporation" Verträge über den Abschluß amerikanischer Nachrichtensatelliten durch chinesische Raketen geschlossen.

Freilich gebe es nach wie vor vier Probleme, nämlich die Taiwan-Frage, die ungerechtfertigten Anklagen des US-Kongresses gegen angebliche "Menschenrechtsverlet-

zungen" in Tibet, ferner unfaire und protektionistische Maßnahmen gegen den Import chinesischer Güter und nicht zuletzt die unwahren Beschuldigungen bestimmter amerikanischer Kreise gegen eine angebliche Mitbeteiligung Chinas am Golfkrieg: Es könne z.B. keine Rede davon sein, daß China an die Iraner Raketen verkauft habe (Zhongguo Xinwen She, Hongkong, in: SWB, 19.12.87). (Zu den chinesisch-amerikanischen Verhältnissen aus der Sicht Außenminister Wu Xueqians vgl. auch C.a., September 1987, Ü 5) -we-

*(7)

Textilabkommen zwischen USA und Volksrepublik abgeschlossen

Nach sechs Verhandlungsrunden, die im Februar 1987 begannen, haben sich die USA und die Volksrepublik China auf eine "freiwillige" Selbstbeschränkung Beijings bei seinen Textil- und Bekleidungsexporten in die USA geeinigt. Laut einem im Dezember 1987 in Washington unterzeichneten "Memorandum of Understanding" wird die Volksrepublik China ihre Lieferungen von Textilien und Bekleidung auf den US-Markt in den kommenden vier Jahren um jährlich nicht mehr als 3% erhöhen. Dies bedeutet eine drastische Beschränkung des bisherigen chinesischen Exportwachstums in die USA, das in den letzten sieben Jahren ein durchschnittliches jährliches Plus von nicht weniger als 45% zu verzeichnen hatte.

Die Volksrepublik China ist seit neuestem der größte Lieferant von Textilien und Bekleidung für den US-Markt. Ihr Anteil an den US-Gesamtimporten dürfte 1987 rd. 14% erreichen. Damit haben die Chinesen aus der Volksrepublik Taiwan überholt, das bis 1986 den US-Markt beherrscht haben und 1987 einen Anteil von 12% an den US-Einfuhren halten dürfte, gefolgt von Hongkong und Südkorea mit Anteilen von je etwa 9% vor Japan mit 5%. Zusammen halten diese fünf asiatischen Länder einen Anteil von ca. 50% am US-Importmarkt für Bekleidung und Textilien.

Mit Taiwan, Hongkong, Südkorea und Japan hatte Washington bereits 1986 Selbstbeschränkungsabkommen geschlossen, die das Wachstum der Lieferungen aus diesen Ländern auf knapp 1% jährlich begrenzen. In einer ersten Stellung-

nahme kritisierte das American Textile Manufacturers Institute (ATMI) die Vereinbarung mit Beijing. Wie der Präsident des ATMI in Washington geltend machte, sei nicht einzusehen, warum die Volksrepublik China ein höheres Wachstum eingeräumt bekomme als die anderen asiatischen Zulieferländer. Dazu erklärte ein Vertreter der US-Administration, die bessere Behandlung Beijings sei deswegen gerechtfertigt, weil das Land ärmer sei als seine asiatischen Konkurrenten und weil die Textilexporte für das Land einen bei weitem höheren Stellenwert besäßen.

Die Sensibilität der Volksrepublik in bezug auf seine Textilausfuhren war erst 1983 demonstriert worden, als das Land als Vergeltung gegen die Einführung von Quoten auf bestimmte Textilerzeugnisse durch Washington seine Einfuhren von Baumwolle, Sojabohnen und Chemiefasern aus den USA einstellte. Der Importstopp wurde erst aufgehoben, als zwischen beiden Ländern wenige Monate später ein erstes bilaterales Textilabkommen vereinbart werden konnte. Noch im November 1987 hatte der chinesische Botschafter in Washington vor einem Kongreßausschuß davor gewarnt, die Textilliefermöglichkeiten Beijings allzusehr einzuschränken. Dann, so der Botschafter, werde auch die Volksrepublik China nicht mehr in der Lage sein, ihre Bezüge aus den USA zu erhöhen. Während die Chinesen in früheren Jahren nur Billigwaren geliefert haben, verkaufen sie heute praktisch die ganze Sortimentsbreite von Textilien und Bekleidung in die USA, angefangen von einfachen Stoffen bis hin zu hochwertiger Konfektion.

Grundsätzlich möchte die US-Textilindustrie auf gesetzlichem Wege eine noch strengere Importregelung für Textilien und Bekleidung durchsetzen. 1986 scheiterte ein entsprechendes Gesetz erst im letzten Stadium am Veto des Präsidenten. (NfA, 29.12.87) -lou-

* (8) Amerikanische "Einmischung" in die Tibet-Frage

Am 15. und 16. Dezember 1987 billigten das US-Repräsentantenhaus und der Senat ein Amendement über die "Verletzung der Menschenrechte in Tibet durch die VR China", in dem es u.a. heißt, daß viele Tibeter wegen ihrer politischen Ansichten und ihres religiösen Glau-

bens ins Gefängnis geworfen und zum Tode verurteilt worden seien. Außerdem seien zwischen 1959 und 1979 mehr als eine Million Tibeter z.T. an politischen Verfolgungen, z.T. an Unterernährung gestorben. Ferner werde Tibet militärisch besetzt gehalten, und nicht zuletzt wird China angeklagt, zahlreiche Han-Chinesen nach Tibet zu entsenden, um auf diese Weise die autochthone Bevölkerung zu übersiedeln und zahlenmäßig auszustechen. Außerdem wird China in dem Dokument aufgefordert, mit dem Dalai Lama einen Dialog über die Zukunft Tibets zu führen.

Gegen diese "Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas" protestierten am 26. Dezember 1987 sowohl das NVK-Komitee für Nationalitäten als auch das NVK-Komitee für Auswärtige Angelegenheiten.

Tibet gehöre als unabtrennbarer Bestandteil zum chinesischen Territorium. Von Menschenrechtsverletzungen könne keine Rede sein. Wer sich in der Geschichte Tibets auskenne, müsse wissen, daß über 95% der Tibeter früher in Leibeigenschaft lebten und versklavt waren, und daß sie wie "Lasttiere" gehalten wurden. Von persönlichen Freiheiten oder von Menschenrechten habe damals nie die Rede sein können. Heute dagegen genossen die Tibeter Demokratie und Freiheit wie noch nie in ihrer Geschichte. Was die Bevölkerungszahlen angeht, so lebten vor der "Befreiung Tibets" nur eine Million Menschen in Tibet, heute dagegen seien es 2,02 Millionen, von denen 95% der tibetischen Nationalität angehörten. Han-Chinesen machten nur 3,5% aus (XNA, 12.12. und 28.12.87; RMRB, 2.12.87). -we-

ASIEN

* (9) ASEAN mit Lob überschüttet

Vom 13. bis 15. Dezember 1987 fand in Manila das 3. ASEAN-Gipfeltreffen statt. Die anwesenden Regierungschefs unterzeichneten vier Dokumente, die hauptsächlich eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglichen sollen.

In Gratulationsstimmung betonen chinesische Kommentare, daß die ASEAN-Länder in den letzten Jahren mit ihren Wachstumsraten von durchschnittlich 5-7% zu den internationalen Spitzenreitern gehör-

ten. Noch vor zwanzig Jahren hätten sie hauptsächlich Rohstoffe exportiert, heute belaufe sich ihr Anteil an den verarbeiteten Exportprodukten aller Entwicklungsländer bereits auf 22,5%. Rechne man die Bevölkerungen aller sechs ASEAN-Staaten zusammen, so komme man auf eine Gesamtzahl von immerhin 300 Millionen Menschen; die Wirtschaften der Allianz stellten 95% des weltweit produzierten Manilahans, 77% des Naturkautschuks, 83% des Palmöls, 44% des Zinns, 59% der Kokosnußprodukte und 64% der Weltkupfererzeugung. Auch Zucker, Kaffee, Nutzholz, tropische Früchte und Mineralien stünden ganz oben.

Seit der Bangkok-Deklaration vom 8. August 1967 seien also beachtliche Erfolge erzielt worden. Die ASEAN müsse als weltweit erfolgreichstes Beispiel für die Süd-Süd-Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern gelten.

Zu gewissen Meinungsverschiedenheiten sei es lediglich bei Fragen über die labile regionale Sicherheit und über die Bildung einer atomwaffenfreien Zone gekommen (BRU 1987, Nr. 52, S. 10 f.). Die chinesischen Kommentatoren begrüßten es auch, daß Takeshita, der neue japanische Ministerpräsident, seinen ersten Auslandsbesuch dem Gipfeltreffen der ASEAN-Staaten gewidmet hat. Japan möge mit der von Takeo Fukuda vor zehn Jahren erklärten Politik der Drei Prinzipien gegenüber Südostasien fortfahren: (1) Japan wird keine Militärmacht, (2) Japan will stabile Beziehungen zu den südostasiatischen Staaten herstellen und (3) zur Stabilität in Südostasien beitragen. -we-

* (10) Vorwürfe an Japan, das zum größten Handelspartner Südafrikas geworden ist

In den ersten zehn Monaten d.J. 1987 stieg der japanisch-südafrikanische Handelsumsatz auf 3,1 Mrd. US\$, womit der amerikanisch-südafrikanische Handel mit einem Volumen von 2,5 Mrd. US\$ bei weitem übertroffen wurde. Damit stieg der bilaterale Handel mit Japan gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres um gleich 25% an.

Gleichzeitig habe die japanische Regierung sich scharf gegen die Apartheidpolitik ausgesprochen (XNA, 30.11.87). Wie dieses Verhalten wohl miteinander zu vereinbaren sei!? -we-

***(11)
Kommentar zur Wahl des neuen
südkoreanischen Präsidenten: eine
"düstere Zukunft"**

Am 17. Dezember wurde der Kandidat der regierenden Demokratischen Gerechtigkeitspartei, Roh Tae Woo, zum 13. Präsidenten Südkoreas gewählt, und zwar mit 36,4% der abgegebenen Stimmen. Ro ist der erste seit 1971 von den Koreanern direkt gewählte Präsident. Noch nie habe - so Xinhua (XNA, 18.12.87) - ein südkoreanischer Präsident so wenig Stimmen gewonnen. Als General a.D. verfüge er über enge Beziehungen zum "notorischen früheren Militärregime" und sei "direkt verantwortlich für einige damals geschehene Zwischenfälle". Man müsse sehr daran zweifeln, ob er seine Fünfjahresperiode durchstehe. Viel komme darauf an, wieweit er seine eigene Vergangenheit vergessen lassen könne und wie er vor allem die Widersprüche zwischen Regierender Partei und den Oppositionsparteien glätten könne. Massendemonstrationen und Streiks im Anschluß an die Wahl ließen bereits jetzt wenig Gutes ahnen. Zahlreiche Beobachter sprächen nicht zu Unrecht von einer Fortsetzung der bisherigen Militärdiktatur. -we-

Innenpolitik

***(12)
Zehn Hauptereignisse 1987**

Die Leiter der wichtigsten Zeitungen Chinas nannten für das Jahr 1987 als Hauptereignis Nr.1 "den 13. Parteitag der Kommunistischen Partei, der die Theorie des Anfangsstadiums des Sozialismus hervorbrachte". An zweiter Stelle unter den zehn Hauptereignissen folgte der Rücktritt Hu Yaobangs vom Amt des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas. An dritter Stelle stand der riesige Waldbrand in Nordostchina, der zum Rücktritt des Ministers für Forstwirtschaft führte. Der Rückzug Deng Xiaopings aus dem Zentralkomitee der Partei und die Wahl Zhao Ziyangs zum Generalsekretär galt für die meisten Zeitungen des Landes (neun von elf) als Hauptereignis Nr.4. An fünfter Stelle folgte der erstmalige Besuch von Journalisten aus Taiwan und die Aufhebung des Besuchsverbots durch die

Regierung in Taipei (neun Stimmen). An sechster Stelle stand die Verkündung des Plans, "die Insel Hainan zu einer eigenständigen Provinz zu machen, in der eine großzügigere Politik betrieben werden soll" (sieben Stimmen). Siebentes Hauptereignis waren die "von Separatisten verursachten Unruhen in Lhasa" (sieben Stimmen). An achter Stelle folgte die gemeinsame chinesisch-portugiesische Erklärung zur Macau-Frage (fünf Stimmen). Neuntens: Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas "erarbeitet die allgemeinen Gedanken zur Reform der politischen Struktur" (fünf Stimmen). Als Ereignis Nr.10 wurden mit gleicher Stimmenzahl der Ausschluß Fang Lizhis, Wang Ruowangs und Liu Binyans aus der Partei sowie der Abschluß der Truppenreduzierung der Volksbefreiungsarmee um 1 Million genannt. Bei den elf befragten Zeitungen handelt es sich um die *Volkszeitung*, die *Wirtschaftstageszeitung*, die *Wirtschaftsinformation*, die *Guangming-Tageszeitung*, die *Tageszeitung der Volksbefreiungsarmee*, die *Arbeitertageszeitung*, die *Bauern-tageszeitung*, die *China Jugendliteratur*, die *Wochenzeitschrift der chinesischen Frauen*, die *Zeitschrift der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes* und die *China-Tageszeitung*. (XNA, 23.12.87) -ma-

***(13)
Xue Muqiao gegen "Bewahrung des
Veralteten"**

In einem Artikel der chinesischen Volkszeitung RMRB vom 7. Dezember 1987 sprach sich Xue Muqiao, einer der führenden Repräsentanten des wirtschaftlichen Reformkurses, nachdrücklich gegen die "Bewahrung dogmatischer und verknöchertes Verhaltensmuster" aus. Dies sei eine entscheidende Voraussetzung, um die "Theorie des Anfangsstadiums des Sozialismus" in China" wirkungsvoll in die Praxis umsetzen und im "marxistischen Geist der Kreativität fortfahren" zu können. Xue verwies darauf, daß er bereits 1980 in Hongkong betont habe, daß "es gegenwärtig für uns nicht möglich ist, den Kapitalismus aussterben zu lassen. Wir brauchen deswegen nicht überrascht oder beunruhigt zu sein." Diese Ansicht sei damals - so Xue - verhältnismäßig "riskant" gewesen, weil die "autoritative Ansicht" galt, daß der "Kapitalismus in China aussterben müsse". Um die Grenzen der Dul-

dung kapitalistischer Elemente auszuzeichnen, ging Xue auch auf Berichte westlicher Zeitungen ein, nach denen die "Theorie des Anfangsstadiums des Sozialismus" dazu dienen solle, "allmählich den Marxismus aufzugeben". Dies sei "vollständiger Unsinn, was beweist, daß sie nichts über die Situation in China wissen."

Vielmehr gehe es darum, die konkreten historischen Bedingungen Chinas in Betracht zu ziehen. "Die alte Gesellschaft trägt in sich die Saat des neuen Systems, aber sie nimmt immer noch eine führende Position ein. Qualitative Veränderungen finden in einer Gesellschaft statt, wenn sie sich zu einem gewissen Punkt hin entwickelt hat. Zu diesem Zeitpunkt wird das neue System die führende Rolle anstelle der untergeordneten Rolle übernehmen. Dadurch wird die alte Gesellschaft in eine neue Gesellschaft verwandelt. Ogleich sich das neue gesellschaftliche System entwickelt hat, kann das alte gesellschaftliche System nicht vollständig abgeschafft werden. Teile werden für eine ziemlich lange Zeit weiter existieren. Vom Standpunkt des historischen Materialismus ist es vollständig verständlich, daß im Anfangsstadium des Sozialismus in China gewisse nichtsozialistische oder sogar kapitalistische Faktoren weiter existieren."

Diese Erkenntnis sei in der Vergangenheit durch eine "dogmatische Sicht" blockiert worden. Diese Ansicht beinhaltete, daß es kein Zusammenspiel zwischen alten und neuen Elementen geben könne. "Jedermann, der ein Zusammenspiel für möglich hielt, wurde als Revisionist betrachtet." Eine solche dogmatische Haltung sei unhistorisch; denn wenn man "die Welt-situation als Ganzes betrachtet, finden wir, daß die gegenwärtige Phase große Entwicklungen sieht und sich von der Zeit unterscheidet, als Marx sein *Kapital* schrieb. Aufgrund des gewaltigen Fortschritts der Wissenschaft und Technologie und des schnellen Anstiegs der Arbeitsproduktivität konnten die arbeitenden Massen im kapitalistischen System ihre Lebensumstände in einem beachtlichen Ausmaß verbessern ... Zur Zeit hat die Bourgeoisie nicht nur ihre innere Politik, sondern auch ihre äußere Politik verändert."

Eine Reihe von Theoretikern "wagt es nicht, der Wirklichkeit ins Angesicht zu blicken". Eine solche Haltung ist die von Dogmatikern